

Wo bleibt die Mitbestimmung?

Autor(en): **Iseli, Arnold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 6

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339875>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rung nicht so ganz, gibt es immer noch die Börsenkursauschläge!

Hei, wie das in den Sommer geht. Konzessionen sind nicht gefragt, recht hat, wer das Recht macht, und weniger Staat macht, dafür mehr Arbeitslose produziert, weil es schliesslich eine Selbstregulierung «der» Wirtschaft gibt.

Aber Frau Thatcher wird die Stellung ebenso halten wie Herr Wagner in Zürich oder der Graf in Bonn.

Weniger Staat, mehr Schuss, den *«traditionsgemäss kommt an der Wallstreet die Kurswende nach einem letzten Abwärtstrend in Rezessionszeiten vor dem Ende der Talfahrt.»*

So steht es geschrieben in der Walhalla schweizerischer Freiheit, der täglich neu informierenden NZZ, und so schreibt es jenes Organ grad wörtlich ab, hinter dem immer ein kluger ... na ja.

Alors, hoppla!

Wir werden noch ein paarmal gerüttelt werden, bis die Frühlingsstürme vorbeigezogen sind, und dann kommt er, der Aufstieg, denn auch in den USA gibt es wieder Wahlen und auch die englische Dame will wiedergewählt werden. Hinauf geht es dann in die Bergluft schweizerischer Hochkonjunktur, in der ja keine Arbeitslosen gezählt werden müssen, die dafür ein Hunderttausenderheer von «Ausländern» zählt, das man in schlechten Zeiten, rührend besorgt um das schweizerische Sozialklima, nach Hause zurückspedieren kann.

Weniger Staat!

Honegger aber lässt sich doch nicht von irgendwoher gelaufenen Neomarxisten dreinreden. Er weiss es nämlich schon längst und verkündet es seit seinen gutentlöhnten Jahren bei der Handelskammer in Zürich immer wieder von Neuem: Lasset die Wirtschaft sich selbst regulieren!

Wer diese Weisheit nicht als letzten Ratschluss anerkennt, ist ein Söldling Moskaus (und es sollte bedeutend vorsichtiger untersucht werden, über welche Banken die Überweisungen gehen!) oder ein von linken Professoren irregeleiteter Intellektueller, der vom Kreislauf der Wirtschaft eh keine Ahnung haben kann.

Natürlich reguliert die Wirtschaft ihre Rendite selbst, wo kämen wir sonst noch hin!

Den Staat braucht dieses Selbstregulierungswerk für die Begrenzung der persönlichen Freiheiten, denn schliesslich braucht es im Interesse aller eine gewisse Ordnung. Zahlungsmoral muss sein, liberale Bankengesetze erhalten «unsern» Finanzplatz und die starke Armee sorgt dafür, dass keine Kommunisten zu legalen Streiks aufrufen können, es hat schliesslich alles auch seine Grenzen.

Mehr allerdings ist nicht nötig und kostet bloss einen Haufen Geld. Ein paar Arbeitslose aber spielen noch längst keine Notlage, weil sie sowieso meist faul sind oder die Arbeitslosenunterstützung erschlichen haben, denn wer etwas werden will, der fängt auch klein an, wenn er es wirklich will.

So ist das. In Zürich wie in Lausanne oder auch in Basel. Und das neue Vaterlandslied kehrt seinen Reim, und alle singen freisinniglich

weniger Staat, mehr Freiheit!

Weniger Gerechtigkeit, mehr Gewinn.

Weniger Steuern, mehr Panzer!

Weniger Renten, mehr Rendite!

Weniger Bildung, mehr Blickleser!

Weniger SBB, mehr Autoimporteure!

Und so weiter Amen.

Wo bleibt die Mitbestimmung?

Pragmatiker oder Dogmatiker — ist das die Frage? Nein, man muss Langzeitziele entwickeln, aber mit Nachdruck versuchen, in der Realpolitik soviel wie möglich von diesen Zielen zu verwirklichen. Dabei ist das schrittweise Einbringen von diesen Zielen wichtiger als ausgeklügelte Zukunftsmusik. Bei dieser kleinen und schrittweisen Verwirklichung ist es möglich, sukzessive die nötige Zahl Menschen zu stellen. Diese Mitarbeiter-/innen können sich einarbeiten und das Interesse bei ihren Arbeitskollegen für die Mitbestimmung wecken. Dadurch sollte es möglich sein, in Kursen weitere Arbeitnehmer für die Mitbestimmung auszubilden. Das ist aber nur möglich, wenn Gewerkschafter und Parteigenossen wirklich gewillt sind, dieses schrittweise Vorgehen, überall wo diese Möglichkeit besteht, zu fördern.

Wie sieht es heute aus? Durch Einsatz hat die organisierte Arbeiterschaft gewerkschaftlich und politisch Mandate und dank diesen auch Positionen und Posten bis zu Direktorensesseln erobert. Vielfach gehört es in die Kompetenzen dieser Stelleninhaber über kleinere Mitbestimmungsmöglichkeiten zu entscheiden. Dabei kann es sich um eine Genossenschaft, einen öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Betrieb handeln. Viele Betriebe haben einen Personalausschuss, eine Personal-, Krankenkassen- und Pensionskassenkommission mit mehr oder weniger paritätischer Zusammensetzung. Den Vorsitz führt meist der Direktor

oder ein Gewerkschaftssekretär. Hier gilt es, die Zusammensetzung der Kommission zugunsten der Arbeitnehmer zu ändern, und es gilt den Vorsitz einem Arbeitnehmer abzutreten, damit auch diese die Verhandlungsführung erproben können. Es gilt, in die Verwaltungsorgane von Genossenschaft usw. nicht nur Behördemitglieder von Exekutiven und Legislativen sowie Gewerkschaftsfunktionäre zu wählen, sondern Gewerkschafter und Genossen und zwar aus den unteren Lohnklassen vorzuschlagen. Dadurch ist es möglich, die Entscheidungen auf viel mehr Entscheidungsträger abzustützen und weitere Bevölkerungskreise an der Wirtschafts- und Staatspolitik zu interessieren. Es herrscht vielfach die Meinung, wenn Gewerkschaftssekretäre oder Parteigenossen von ausserhalb des Betriebes im Verwaltungsrat sitzen, oder sogar als Direktoren amtieren, sei die Mitbestimmung schon Tatsache. Wahr ist doch, dass die Arbeitnehmer die Mitbestimmung von Gewerkschaftssekretären begrüßen, weil diese unabhängig sind und daher dort intervenieren können, wo der Mitarbeiter als Lohnabhängiger allenfalls Rücksichten nehmen müsste. Aber, und das möchte ich sehr betonen, Mitbestimmung kann nur verstanden werden durch direkte Mitwirkung der Arbeitnehmer. Ansonsten müsste man sagen, wenn Breschnew Gewerkschaftsmitglied ist — und das wird er wohl sein — dann wäre die Mitbestimmung in der UdSSR total. Oder ist nicht auch Reagan in einer Schauspielervereinigung Mitglied, die einer Gewerkschaft gleichkommt? Dann wäre doch in den USA die Mitbestimmung perfekt! Mitbestimmung kann es aber nur durch direkte Mitwirkung der Mitarbeiter auf allen Ebenen der Verwaltungen und Betriebe geben.

Da wurde doch schon mal gesagt: Versteht der Arbeitnehmer denn das? Worauf doch gesagt werden muss, dass, wenn vier oder mehrere «Superintelligente» in einem Ausschuss sitzen und einer von diesen ersetzt würde durch einen «Dummkopf», so glaubt doch niemand, dass dieser die andern Mitglieder überzeugen könnte? Aber vielleicht würde das Interesse in diesem «Dummkopf» geweckt und durch Zuhören und Lesen der entsprechenden Literatur könnte sich unser «Dummkopf» Wissen aneignen, das ihn befähigen würde, vielleicht in kurzer Zeit diskutierbare Vorschläge einzubringen. Dadurch würde auch seine Lebensqualität zunehmen.

Es sollte für jeden Gewerkschafter und Sozialdemokraten selbstverständlich sein, sich auf allen Ebenen für die schrittweise Einführung der Mitbestimmung einzusetzen und sich nicht zu scheuen, den Vorsitz in einer Kommission an einen Mitarbeiter abzugeben. Gleichfalls wäre es erwünscht, wenn auch in den Parteiorganen die «Handarbeiter» Einzug halten könnten.

Der Gedanke der Mitbestimmung wird arg strapaziert, wenn durch eine Legislative mit starker sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Besetzung eine Kommission eingesetzt wird, in der die Herren Direktoren als Unternehmervetreter Einsitz nehmen können. Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft aus diesen Betrieben werden oft selbst vom sozialdemokratischen Regierungsrat vergessen, der federführend war und von den eigenen Legislativmitgliedern nicht korrigiert wurde.

Hier meine Genossinnen und Genossen sollte die Mitbestimmung beginnen: Denn nur gleichberechtigte Menschen sind freie Menschen!

Arnold Iseli

Leserecho

Spaltung schwächt uns

«Nach dem Märzdebakel» überschreibt Toya Maissen ihren Leitartikel in der Roten Revue. Beinahe an «die Iden des Märzen», als Cäsar ermordet wurde, gemahnt die Lage in der SP. Nur, hier geht es nicht um Mord, aber die Spalttendenzen respektive Spaltungen, sind politischer Selbstmord. Und die herrschende Klasse reagiert hämisch auf unsere Selbstzerfleischung.

Sie hat es allerdings leichter. Sich ums goldene Kalb herum zu gruppieren, wo es nur um eine kleinere oder grössere Profitrate geht, wirft keine grossen geistigen Probleme auf! In der SP geht es um Weltanschauung, um sozialistische Fernziele, um praktische Alternativen wie wir uns dem herrschaftlichen System entgegen stellen können. Wir dürfen auch nicht vergessen, wie die junge Arbeiterbewegung im Frühkapitalismus gegen die Verdinglichung des Menschen auch eine humanistische Ethik entwickelt hat. Sie ist aber nur noch in kümmerlichen Resten vorhanden... Aber — brauchen Diskussionen um entgegengesetzte Standpunkte in unserer Partei zu einer Abspaltung zu führen? Darüber lesen wir bei August Bebel: «Meinungsverschiedenheiten hat es in der Sozialdemokratie schon immer gegeben und wird es weitergeben so lange sie lebt...» Er weist dann aber auch deutlich darauf hin, dass man bei diesen Auseinandersetzungen nie vergessen dürfte, dass man unter Genossen redet. Und hier liegt der Hund begraben, genau diese Einsicht geht immer mehr verloren. Wer glaubt schon, dass eine Spal-